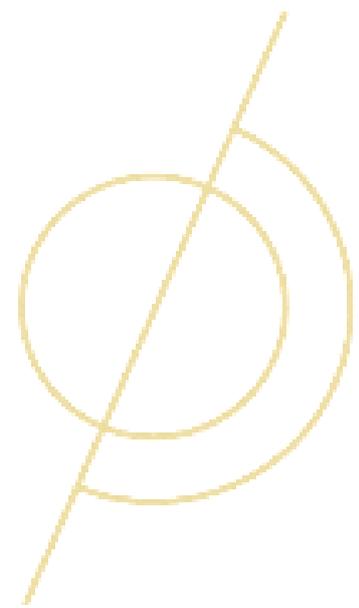


TPX-BRIEFING

Im Rahmen der wissenschaftlichen Beratung und Prozessbegleitung

Versicherheitlichung – Handlungsempfehlungen – Prävention – Monitoring

Michael Bucker, M. A.



Stigmatisierungseffekte, Vertrauensverluste oder Datenschutzbedenken: Die Debatte um identifizierte Konfliktlinien zwischen Sozialer Arbeit und Sicherheitsbehörden in der Extremismusprävention nimmt in Forschung und politischer Bildung neue Fahrt auf. Die föderale Präventionsstruktur zeigt aber auch, dass das Gros der Präventionsprojekte vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert wird und damit unabhängig von Sicherheitsbehörden, sei es von der Polizei, dem Verfassungsschutz oder den übergeordneten Innenministerien, ist.

Problematisch bei Förderungen aus Kreisen des Sicherheitsapparates, wie zum Beispiel die Wegweiser-Projekte in NRW, kann eine „Vermengung Sozialer Arbeit und der Präventionsarbeit“¹ oder sogar eine „Versicherheitlichung“² der Präventionsarbeit sein. Unterschiedliche Handlungslogiken und Zielsetzungen der Sozialen Arbeit und der Sicherheitsbehörden, bilden dabei das Fundament einer problembehafteten Kooperation. Während Sicherheitsbehörden, wie die Landespolizei oder der Verfassungsschutz ihre verfassungsrechtliche Aufgabe in der Verfolgung von Straftaten, der Abwehr von Gefahren und die Sicherstellung der öffentlichen Ordnung (Art. 73 GG) herleiten, besteht der Auftrag der Sozialen Arbeit u.a. in der Förderung der sozialen Integration, der Bildung und des Empowerments. Die Ziele der für die Präventionsarbeit zuständigen Professionen sind damit im Grundsatz different. Kritiker:innen aus Forschung und Praxis identifizieren hierbei eine „strukturelle Asymmetrie“.³

In der aktuellen BICC-Studie werden im Rahmen des CoRE-Netzwerks diejenigen Präventionsprojekte, die von Sicherheitsbehörden finanziert und damit vermeintlich einer Sicherheitslogik untergeordnet werden, als besonders konfliktbehaftet bewertet.⁴ Unter einer „subtil vorherrschenden Prämisse der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr“ lässt sich keine effektive Präventionsarbeit leisten – so der Tenor der Wissenschaftler. Im Gegenteil: Bei Kooperationen in Sicherheitsbehörden sei davon auszugehen, dass ein Vertrauensvorschuss oder ein bereits bestehendes Vertrauensverhältnis zwischen Sozialarbeiter:innen und Klient:innen verloren geht. Damit rückt laut Studie nicht nur der gesellschaftliche Wert Sozialer Arbeit an sich in den Hintergrund.⁵ Wenn Soziale Arbeit einer sicherheitsbehördlichen Prämisse untergeordnet wird, wird nicht nur die Komplexität der Arbeitsbereiche degradiert, sondern wichtige Hilfsbedarfe der Klient*innen in den Hintergrund gerückt und eine latente Stigmatisierung der Zielgruppe betrieben. Um den potenziellen Konfliktlinien entgegenzuwirken, muss in Zukunft die Verantwortung der Mittelgeber aus dem Politikfeld der Wissenschafts- und Bildungsförderung kommen und zweitens das Feld der Extremismusprävention

¹ Vgl. Döring, Maurice et.al.: Prävention islamitischer Radikalisierung in NRW. Keine Vereinnahmung Sozialer Arbeit durch Sicherheitslogik, Bonn 2020.

² Vgl. Figlestahler, Carmen; Schau, Katja: Zusammenarbeit zwischen Sozialer Arbeit und Sicherheitsbehörden in der Radikalisierungsprävention, Bonn 2021.

³ Vgl. ebd.

⁴ Vgl. Döring, Maurice et.al.: Prävention islamitischer Radikalisierung in NRW. Keine Vereinnahmung Sozialer Arbeit durch Sicherheitslogik, Bonn 2020.

⁵ Vgl. ebd.

Ein Projekt von

Gefördert durch

Wissenschaftlich begleitet durch

TPX ist ein Institut der



klar zur Sozialen Arbeit abgegrenzt werden. Politische Ambitionen zu dieser Umstrukturierung der Fördermittel werden in NRW seitens der Partei Bündnis 90/Die Grünen, in Persona Verena Schäffer als Mitglied des Innenausschusses formuliert.

Laut BICC-Studie schwingt bei unzureichender Abgrenzung zwischen Präventions- und Sozialer Arbeit bei oben genannten Projekten immer auch die unterschwellige Sorge mit, dass es sich bei teilnehmenden Jugendlichen um vermeintlich Anfällige für eine Radikalisierung handele.⁶ Bestimmte Präventionsangebote, die im Kern Angebote der Sozialen Arbeit sind, könnten dann vordergründig nicht mehr das Grundprinzip der Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe vermitteln, sondern unter der Prämisse der Sicherheitslogik Stigmatisierungseffekte transportieren und damit die Zielsetzung vom Präventionsarbeit untergraben. Extremismusprävention sollte als solche also nur so verstanden werden, wenn auch nachweislich ein konkreter Bezug zu einer antidemokratischen Ideologie vorhanden ist.

Zielführende Kooperationen mit einem höheren Mehrwert zwischen Praktiker:innen und Sicherheitsbehörden hingegen wäre ein Austausch auf wissenschaftlicher Ebene. Institutionalisiert wurden solche Kooperationen bereits u.a. mit [MOTRA](#), dem [HKE](#) oder dem [CoRE NRW](#).

PROJEKTE IN DER EXTREMISMUSPRÄVENTION

Die LzpB-NRW hat ein [Dossier zu „Online-Prävention“](#) veröffentlicht. Vorgestellt werden Konzepte, zur Medienkompetenzförderungen, zu Online-Beratung und Online-Streetwork. Da „CEOPS“ vom Bund finanziert wird, schließt die LzpB derzeit eine Kooperation mit uns aus.

Mit **„Level Up! „Mehr Impact bei Online-Interventionen“** bietet [modus zad](#) Trägern von Extremismuspräventionsprojekten an, bei der Umsetzung, dem Monitoring u.v.m. durch Fachaustausch und Online-Beratungsarbeit zu unterstützen und die Sichtbarkeit der Projekte zu steigern. Das Zentrum für angewandte Demokratieforschung bietet u.a. Bedarfsanalysen und Beratungen für Träger an. Zielgruppe sind junge Erwachsene.

„Jumed im Einsatz“ ähnelt CEOPS in Zielgruppe, methodischer Umsetzung und Zielsetzung. Verfolgt wird ebenfalls der Peer-to-Peer-Ansatz, um religiös begründeten Extremismus im Internet entgegenzuwirken. Das [Mannheimer Institut für Integration und interreligiöse Arbeit](#) e.V. bildet Jugendliche als Multiplikator:innen fort, die sich gegen Extremismus und Islamfeindlichkeit engagieren. Sie werden mit den Workshops in die Lage versetzt eigene Workshops in ihrer Zielgruppe durchzuführen und damit selbst Präventionsarbeit zu leisten.

„Kamil 2.0“ vom Bündnis der Islamischen Gemeinden Norddeutschland e.V. wendet sich ebenfalls an junge Erwachsene muslimischen Glaubens. Im Vordergrund steht hier gemeinsam mit der Zielgruppe Handlungskonzepte für die politische Bildungsarbeit zu entwerfen. Dabei sind mit der Vermittlung von Medienkompetenz und der Dekonstruktion populistischer Online-Angebote bereits inhaltliche Schwerpunkte vorgegeben.

⁶ Vgl. ebd.

Radikalisierungsprävention in NRW. Wie können die Kapazitäten von Multiplikator: innen und Fachkräften gestärkt werden? (Laufzeit 2018-2021)

- Forschung des [BICC](#) zu lokalen Herausforderungen und Bedarfen der Radikalisierungsprävention in NRW
- Wiss. Methode: Experteninterviews mit 55 Multiplikator:innen
 - Zusätzlich wurden 4 Workshops gemeinsam mit Wegweiser-Beratungsstellen durchgeführt (67 Teilnehmende)
- Label „Radikalisierungsprävention“ in allgemeiner Jugendsozialarbeit ist problematisch, da Jugendliche stigmatisiert werden ([BICC Policy Brief 2/2020](#))
- Befristung führt dazu, dass Projekte nicht nachhaltig gestaltet werden können
- Vertrauensaufbau zu Klienten wichtig aber in Kontext Sicherheitsbehörden schwierig (Zielgruppe hat erkannt, dass Wegweiser von Verfassungsschutz finanziert wird)
- sozio-kulturelle Hintergrund der Berater:innen spielt eine große Rolle
- Forschungsprojekt konnte Lücke identifizieren: in NRW fehlt lokal verankerte Struktur für eine Sekundärprävention gegen Rechtsextremismus und Verschwörungsmymen ([BICC Policy Brief 1/2021](#))

Handlungsempfehlungen an die Regierung:

- Dem Land bietet sich Gelegenheit, bewährte „Modellprojekte“ aus Bundesförderung in Regelstrukturen zu überführen (BICC Policy Brief 2/2020),
- Prävention und allgemeine Jugendarbeit sollten strikt voneinander getrennt werden
- Phänomenübergreifende Präventionsarbeit etablieren
- Präventionslücken schließen u. Fokus auf Rechtsextremismus ausweiten

Religion als Faktor der Radikalisierung? (Laufzeit 2017-2020)

- Das interdisziplinäre Forschungsnetzwerk liefert Erkenntnisse aus Erziehungswissenschaften, Sozialpsychologie, Soziologie, Theologie und Radikalisierungsforschung
- Untersucht wurde, welche Rolle Religion und Religiosität in Radikalisierungsprozessen spielt
- Veröffentlicht wurde eine praxisorientierte [Handreichung](#)
- Die Ergebnisse der Studie werden zusätzlich in einem [Podcast](#) vorgestellt
- Die Untersuchung der Miteinbeziehung von Religion bzw. religiöser Bildung in die Präventionsarbeit stellte heraus, dass die Vermittlung fundierter Grundkenntnisse der Religion dabei helfen kann, religiöse Verhaltensweisen von extremistischen Tendenzen zu unterscheiden, die religiöse Ansprache ist jedoch nicht immer zielführend bzw. von den Klient*innen gewünscht
- Es werden Handlungsempfehlungen für Schulen und Lehrkräfte, Jugendsozialarbeit und Jugendhilfe, Justizvollzugsbeamt*innen sowie Akteur*innen der Präventionsarbeit präsentiert, wobei der Fokus auf einen systematischen und phänomenübergreifenden Ansatz der Präventionsarbeit gelegt werden soll
 - *Kiefer, Michael; Zick, Andreas: Forschungsnetzwerk Radikalisierung und Prävention der Universitäten Osnabrück und Bielefeld (FNRP)*

ABAT Online-Salafismus: Aktuelle Begriffe, Akteure und Trends salafistischer (Online-)Diskurse und Implikationen für die Praxis der Radikalisierungsprävention (Laufzeit: 01/2019-12/2019)

- *Mixed Methode Approach:* Erfassung und Analyse der wichtigsten Begriffe, Akteure und Trends des salafistischen Denkens unter Miteinbeziehung von Praktiker*innen der Radikalisierungsprävention, die anschließend in aktuelle Narrativen und Diskursstränge miteinbezogen werden
- Daraus soll praxisrelevantes Wissen ebenso wie Trends ermittelt werden, die für die Präventionsarbeit von Bedeutung sein können
- Veröffentlicht wurde eine [Handreichung für Praktiker*innen](#) sowie eine weitere [Handreichung](#) mit Bezug auf das Projekt *KorRex -Korrelationen der religiös begründeten englisch- und deutschsprachigen Extremismusperipherie auf YouTube und Implikationen für die Radikalisierungsprävention*
- [Blogbeiträge](#) informieren zusätzlich über die Forschungsergebnisse
 - *Dr. Dennis Walkenhorst: Violence Prevention Network*

Reintegrating Jihadist Extremist Detainees. Helping Extremist Offenders Back into Society. (Contemporary Terrorism Studies), London u. New York: [Routledge 2017](#).

- Feldforschung seit 2012: Tiefeninterviews mit ehemaligen dschihadistischen Häftlingen in den Niederlanden sowie mit am Reintegrationsprozess beteiligten Personen
- Ziel ist es, Einblicke in den Reintegrationsprozess während bzw. nach der Haft zu geben und dabei sowohl die Rollen der beteiligten Personen zu interpretieren als auch Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft auszumachen
- Die Studie bietet einen umfassenden Überblick über Theorien und Konzepte zu den Themen Reintegration, Radikalisierung und Deradikalisierung, ebenso über europäische und außereuropäische Maßnahmen im Kontext des Umgangs mit verdächtigten und verurteilten Extremisten und ihrer Reintegration
- Die Ergebnisse der Feldforschung stellen die Erfahrungen aus den verschiedenen Perspektiven der interviewten Ex-Häftlinge und Frontarbeiter in Bezug auf den Reintegrationsprozess unter besonderer Berücksichtigung der Rolle Polizeibeamter heraus.
 - *Daan Weggemans: Leiden University; Beatrice de Graaf: University Utrecht*

Monitoring Social Media

Unsere Berliner Kolleg*innen von [streetwork@online](#) haben in einem 22-Seiten starkem Papier das Social-Media-Monitoring zusammengefasst: Neben der **Coronapandemie** wurden bei Facebook und Instagram **antimuslimischer Diskriminierung**, der **Islam vs. Andere Religionen/Ungläubige**, **Geschlechterrollen** und die Situation in **Afghanistan** thematisiert.

Insgesamt lässt sich im 3. Quartal nach wie vor ein großer Diskussionsanlass zur Coronapandemie erkennen, wobei der Trend inhaltlich weg von „Schutzmaßnahmen“ hin zum Thema „Impfung“ geht.⁷

⁷ Vgl. Akzeptanz, Vertrauen, Perspektive e.V. (Hrsg.): 3. Quartalsbericht zu Themen auf Facebook und Instagram, Berlin 2021, S. 22.

Der Nahostkonflikt, der Mitte des Jahres noch emotional diskutiert und ideologisch aufgeladen wurde, nimmt im Untersuchungszeitraum⁸ keine übergeordnete Stellung mehr ein.⁹ Abgelöst wurde das Topthema währenddessen rund um den Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan.



sicherheitsbehördliche Erkenntnisse

- Der NRW-Verfassungsschutz hat ein aktuelles Lagebild vorgestellt
 - Radikalisierung vollzieht sich immer schneller - u.a. durch das Internet
 - Radikalisierende werden immer jünger
 - Extremisten unterschiedlicher Phänomenbereiche sind bereit zu kooperieren, um ihre Narrativen zu verbreiten

Aktuelles Thema besetzen -> ideologisch aufladen -> in gesellschaftliche Mitte transportieren

- Problem des legalistischen Islamismus wird größer
- Eskalationsspiralen zwischen Rechtsextremismus und Linksextremismus nehmen zu

⁸ Erhebungszeitraum des Monitorings: 07- 09 2021.

⁹ Vgl. ebd.

-
- Aktuell gelten 192 Personen in NRW als sogenannte „Gefährder“

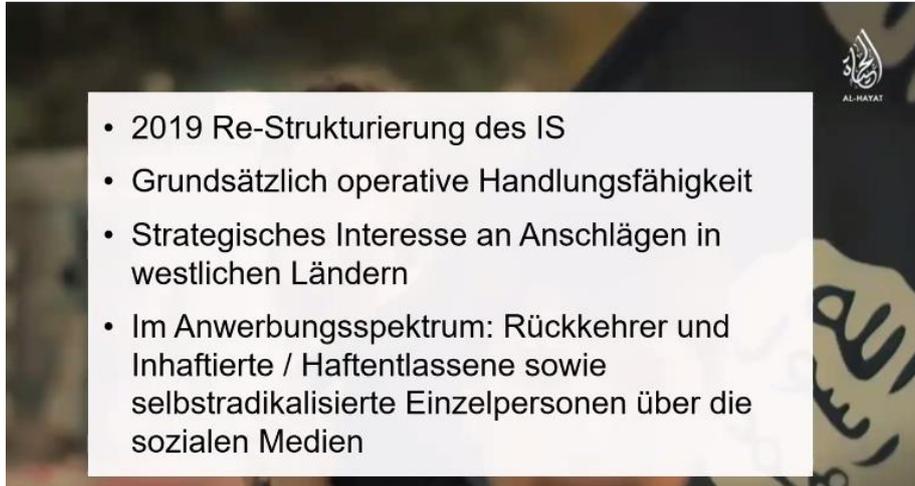
Abbildung des NRW-Verfassungsschutzes

Islamismus – Aktuelle Herausforderungen

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen



10



Ein weiteres Interesse der sicherheitsbehördlichen Analyse fokussiert sich auf die **Lage in Afghanistan** und dessen vermeintlichen Einfluss auf extremistische Szenen in Deutschland. Insgesamt bewertet der NRW-Verfassungsschutz einen Einfluss als nicht gegeben. „69 Geflüchtete aus Afghanistan sind in NRW angekommen. Bei keinem existieren staatschutzrelevante Erkenntnisse.“¹¹ Die extremistische Szene in NRW habe die Entwicklung in Afghanistan „wohlwollend zur Kenntnis genommen“. Es wird zwar in der Szene diskutiert aus Deutschland nach Afghanistan auszureisen, Ergebnis ist aber, dass sie zu Taliban keine Beziehung herstellen möchten. Laut Düsseldorfer Innenministerium sind auch keinerlei Ausreisebewegungen nach Afghanistan festgestellt worden.¹² Der Einfluss der innenpolitischen Lage in Afghanistan auf die extremistischen Szenen in Deutschland ist damit nach heutigen Erkenntnissen marginal.¹³

¹⁰ Vgl. Schmidt, Uwe: Vortrag zum Lagebild zum extremistischen Salafismus und Rechtsextremismus in NRW, Düsseldorf 2022.

¹¹ Vgl. ebd.

¹² Vgl. ebd.

¹³ Vgl. Schmidt, Uwe: Vortrag zum Lagebild zum extremistischen Salafismus und Rechtsextremismus in NRW, Düsseldorf 2022.

Impressum

Herausgeber und Kontakt

Thomasius Research Institute on Political Extremism

Hansaallee 247a

40549 Düsseldorf

Tel: +49 211 5202730

<https://tpx-institut.de/>

info@thomasius-stiftung.de

Amtsgericht Düsseldorf

RegisterNr.: HRB 85782

Das Thomasius Research Institute ist ein Institut der Thomasius-Stiftung. Die Thomasius-Stiftung für internationale Bildung und Wissenschaft gGmbH ist eine gemeinnützige Körperschaft. Die Veröffentlichung erfolgt im Kontext der wissenschaftlichen Beratung und Prozessbegleitung des bundesweiten Präventionsprojektes Center for Education on Online Prevention in Social Networks (CEOPS). Die Inhalte der Publikation werden allein von den Autor:innen erstellt und verantwortet. CEOPS wird von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration gefördert.

Autor:

Michael Buecker, M.A.

(Buecker@thomasius-stiftung.de)

Stand

August 2022

